

IV. Beiträge aus der Arbeit des IGA Rhein, Ruhr und Revolution 1900–1923

von Dick Geary

„Immerhin war die Ruhe, die augenblicklich in dieser Stadt herrschte, außerordentlich; es war eine Ruhe, die nicht das Gegenteil von Unruhe, sondern ein Ersatz für Unruhe war, eine nicht zum Ausbruch gelangte oder unterdrückte oder sonstwie verhinderte Unruhe.“

So beschrieb Erik Reger Essen am Vorabend der Novemberrevolution in seinem Roman *Union der festen Hand* (1931), der tatsächlich eine dichterische Darstellung der Krupp'schen Werke ist. Und dieses Zitat soll als Leitmotiv dieses Vortrags dienen, eben weil hier versucht wird, ein Hauptthema der Geschichte der Arbeiterbewegung zu analysieren, und zwar die *Brisanz* des Protestverhaltens der Arbeiterklasse. Vor dem Ersten Weltkrieg waren das Ruhrgebiet und der Niederrhein durch einen *relativen* sozialen Frieden gekennzeichnet. Zwischen 1918 und 1923 gab es dagegen eine Reihe von revolutionären Ereignissen im Revier, und es entwickelten sich linksradikale politische Gruppen. Wie kann man eine solche „überraschende“ Entwicklung erklären und verstehen?

Wenn die Protesttheorien gerechtfertigt wären, die versuchen, Streiks und andere Formen des Protestverhaltens durch Anomie, Entfremdung und Entwurzelung zu erklären, dann sollten sie gerade für diese Gebiete Deutschlands gelten, weil der Bevölkerungszuwachs der rheinisch-westfälischen Städte explosiv war: Düsseldorf hatte 1871 70 000, 1900 schon 213 000 Einwohner. Jedoch war die Entwicklung der Städte des Ruhrreviers noch explosiver (Hamborn 1870: 2 000, 1912 über 100 000 Einwohner). Diese Bevölkerungszunahme stand natürlich im engsten Zusammenhang mit der Entwicklung des Bergbaus, der Eisen- und der Stahlindustrie und verursachte eine relative und absolute Steigerung der Zahl der Arbeiter innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen. Noch einmal ist zu unterstreichen, daß auch diese Entwicklung im Ruhrgebiet viel stärker ausgeprägt war als am Niederrhein. Nach der Volkszählung von 1907 waren 73 Prozent der Erwerbstätigen des Reiches, 68 Prozent der Düsseldorfer, aber fast 80 Prozent der Gelsenkirchener Arbeitskräfte in der Industrie und dem Handwerk tätig. Eine große Zahl dieser Arbeiter umfaßte Fernwanderer aus ländlichen Gebieten – Kaschuben, Masuren und Polen. 1906 war die deutsche Sprache nur für 58 Prozent der Ruhrbergarbeiterschaft Muttersprache. Polen (Masuren und Doppelsprachige [so nach Klessmann] ausgeschlossen) bildeten 17,1 Prozent der Einwohner der Stadt Hamborn, 21,6 Prozent der Bevölkerung der Stadt Herne, 23 Prozent der Recklinghausener und nicht weniger als 85 Prozent der Belegschaft der großen Zeche Ewald in Herten. In solchen Städten ergab sich vor dem Ersten Weltkrieg eine „kumulative Verjüngung“ der Bevölkerung, die sowohl durch Zuwanderung als auch durch hohe Geburtsziffern bestimmt wurde; und es wohnte hier eine ungewöhnlich große Menge von jungen und ledigen Arbeitern. Weil zusätzlich die Industrie stark konzentriert war – was noch einmal im größeren Maße für die des Ruhrgebiets gilt – und die Fluktuationsrate der Belegschaften enorm war, hätte man vielleicht erwartet, daß Entwurzelung gerade hier als Ursache von kollektiven Protesten auftauchen würde. Tatsächlich stimmt eine solche Vermutung nicht¹.

Im Gegenteil. Die Hochburgen der sozialdemokratischen Bewegung fanden sich vor dem Ersten Weltkrieg meistens außerhalb Rheinland-Westfalens (in Berlin, Hamburg, Leipzig) und nicht in den neueren Ballungszentren an der Ruhr. Bis 1918 blieb Essen in den Händen der katholischen Zentrumsparterie; und die SPD hatte es immer schwer, Stimmen in überwiegend katholischen Gemeinden zu gewinnen². (Die Städte Wuppertal, Solingen

und Remscheid hatten dagegen stark entwickelte sozialdemokratische Ortsorganisationen, was später zu diskutieren ist.) Im Ruhrgebiet waren auch die Gewerkschaften und insbesondere die Freien Gewerkschaften nicht so fest verwurzelt wie diejenigen in Hamburg, Berlin und Sachsen. Die gewerkschaftliche Organisationsquote Westfalens betrug nur die Hälfte derjenigen des ganzen Reiches. Und während die Rheinprovinz 19 Prozent aller deutschen Metallarbeiter umfaßte, rekrutierte der DMV nur 6 Prozent seiner Mitglieder auf diesem Gebiet. Auf der anderen Seite konzentrierten sich hier die sogenannten „gelben“ (wirtschaftsfriedlichen) Gewerkschaften, insbesondere im Bergbau und in den Eisen- und Stahlindustrien³.

In bezug auf Streiks fand kein einziger großer Metallarbeiterstreik vor dem Weltkrieg in Bochum statt; und die meisten Streiks der Bochumer Metallarbeiter umfaßten normalerweise nur eine Berufsgruppe in einem bestimmten Betrieb⁴. Das läßt sich natürlich von den Bergarbeitern und von ihren großen Streiks (1889, 1905, 1912) nicht sagen. Aber viele Historiker neigen dazu, die Solidarität der Ruhrbergarbeiterschaft etwas zu übertreiben⁵. Man soll nicht nur die größten Streiks untersuchen⁶. Die meisten Bergarbeiterstreiks waren klein und oft erfolglos. In den großen Streiks brach nach einiger Zeit die ursprüngliche Solidarität oft zusammen. Und diese Streiks dauerten niemals so lange wie die der britischen Bergarbeiter, die oft monatelang und *erfolgreich* kämpften⁷. Immerhin muß betont werden, daß die Forderungen der streikenden deutschen Bergleute rein „ökonomisch“ und nicht mit politischem Radikalismus gekoppelt waren⁸.

Nach dem Weltkrieg sah das Bild erstaunlich anders aus. In der Novemberrevolution dominierten von Anfang an in Düsseldorf, Solingen, Remscheid, Hamborn und Mülheim entweder Mitglieder der USPD oder Linksradikalen⁹. Schon im Dezember 1918 entwickelte sich eine Streikbewegung in Duisburg, Hamborn und Mülheim, die sich später in den großen Streiks von Februar und April 1919 zu einer Sozialisierungskampagne umwandelte und in einem blutigen Bürgerkrieg niedergeschlagen wurde. Im selben Jahr verlor die gemäßigte Freie Gewerkschaft der Bergleute, der sogenannte Alte Verband, zwei Drittel ihrer Mitgliedschaft, die nun in die syndikalistischen und linkskommunistischen Organisationen hineinströmten. 1920 entstand infolge des Kapp-Putsches im Ruhrgebiet die berühmte bzw. berüchtigte Rote Armee, die auch in blutigen Schlachten vernichtet wurde¹⁰.

Häufig wird dieser Radikalisierungsprozeß der Nachkriegszeit als Folge des Krieges angesehen, was natürlich im hohen Maße stimmt. Aber wie Hans Mommsen schreibt:

„Trotz seiner grundlegenden Bedeutung für die Gestaltung und Fortentwicklung der sozialen Verhältnisse stellt der erste Weltkrieg keine einschneidende Zäsur dar. Die schweren sozialen Konflikte an der Ruhr nach dem Novemberumsturz müssen vielmehr mit der sozialen Situation im Ruhrbergbau im wilhelminischen Kaiserreich gesehen werden.“¹¹

Eine solche Kontinuität ist in mehrfacher Hinsicht festzustellen. Zunächst gab es schon vor 1914 Spannungen innerhalb des Alten Verbandes zwischen „Führern und Massen“, die sich besonders stark im Streik von 1912 und in Mitgliederverlusten widerspiegeln. Während der Bergbau keine technologische Modernisierung im vollen Sinne erfuhr, gab es jedoch eine Reihe von organisatorischen Änderungen – Konzentration, größere Strebbelegschaften usw. –, die die Arbeitsprozesse langfristig änderten. Die jüngeren Bergarbeiter und insbesondere die Schlepper drückten ihre Unzufriedenheit in Protestformen aus, die gerade denen der Nachkriegszeit ähnelten: Schlepperstreiks wurden oft von gewalthaften Auseinandersetzungen begleitet und nur selten von den Gewerkschaften „kontrolliert“. Die „Unorganisierten“ spielten oft eine große Rolle, und die Belegschaftsversammlung blieb die „herkömmliche Form des Protestes“ sowohl der Vor- als auch der Nach-

kriegszeit. Es bildete sich eine Tradition, auf die der spätere Syndikalismus sich stützen konnte¹². (Man hat versucht, auch das Protestverhalten der Hamburger Hafendarbeiter in eben derselben Weise zu erklären¹³).

Zwischen dem Radikalismus – oder präziser gesagt, den Protestformen – der revolutionären Ereignisse nach 1918 und den Entwicklungen im Kaiserreich sind andere Kontinuitäten zu finden. Auch innerhalb des DMV gab es Spannungen zwischen Massen und Führern. Und die USPD war besonders stark dort vertreten, wo es oppositionelle Strömungen im DMV schon vor dem Krieg gab, z. B. in Duisburg¹⁴. Eine andere Art Kontinuität findet sich in Städten, wo die USPD sich auf einen starken sozialdemokratischen Vorkriegsradikalismus stützen konnte, wie z. B. in Düsseldorf, Braunschweig, Berlin, Remscheid, Solingen, Wuppertal¹⁵, obwohl dieser verwurzelte Radikalismus etwas ganz anderes war als der wenig organisierte Protest der Ruhrarbeiterschaft.

Deswegen kann man die Entwicklungen der Nachkriegszeit nicht als etwas ganz Neues betrachten. Aber die Kontinuitätsthese ist aus noch anderen Gründen gerechtfertigt. Die streikenden Bergleute 1919 z. B. verlangten die Auszahlung der während des Streiks von 1912 einbehaltenen Schichtlöhne¹⁶! Auch muß man die oberflächliche Passivität der Ruhrmetallarbeiter und den sogenannten „Ökonomismus“ der streikenden Bergleute der Vorkriegszeit in Frage stellen. Es ist möglich, die relativ kleine Streikzahl in diesem Gebiet durch Arbeitsmarktfaktoren und durch die Zusammensetzung der Belegschaften zu erklären. Im Ruhrgebiet waren der Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrien besonders stark konzentriert und kartellisiert, was zur Folge hatte, daß die Unternehmer ihre eigenen Arbeitsnachweise, schwarze Listen und Unterdrückungsmaßnahmen besonders erfolgreich organisieren konnten wie auch gelbe Werkvereine. Durch die Bildung von Wohlfahrtsinstanzen und den Bau von Werkswohnungen versuchten Krupp und seine Kollegen nicht nur, die berufliche und regionale Mobilität ihrer Arbeitnehmer zu kontrollieren, sondern auch ihre gewerkschaftliche und politische Organisation. Nahmen Arbeiter an Arbeitskämpfen teil, dann mußten sie damit rechnen, daß die Unternehmer sie zur Räumung der Betriebswohnungen zwingen würden. In vielen Fällen wurden die Arbeiterbeiträge zu den Werkskrankenkassen und anderen Wohlfahrtseinrichtungen direkt von den Löhnen einbehalten und nicht selten bei Entlassung wegen „schlechten Benehmens“ eingebüßt¹⁷. Daher gab es im Ruhrgebiet eine Arbeiterklasse, die besonders machtlos gegen mächtige Unternehmer war. Die Gewerkschaften fanden dagegen ihre Stärke gerade in Regionen oder Industrien, wo die Arbeitgeber nicht so konzentriert und kartellisiert waren wie z. B. in Sachsen und in der Bauindustrie. Das spiegelt sich auch in der Geschichte des DMV in Düsseldorf wider, wo der Verband nur in kleineren Betrieben der metallverarbeitenden Industrie Fuß fassen konnte¹⁸.

Auf der anderen Seite wurde die Organisation der Ruhrarbeitnehmer von der Zusammensetzung der Belegschaften sehr erschwert. Nationale und konfessionelle Unterschiede verhinderten gemeinsame Aktionen wie im Dortmunder Union-Streik von 1911 und im Bergarbeiterstreik von 1912: Die Christlichen Gewerkschaften verweigerten sich, daran teilzunehmen.

Ferner war der Anteil der Un- und Angelernten unter den Ruhrbelegschaften besonders hoch, während es vor 1914 fast überall so war – und nicht nur in Deutschland –, daß die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien ihre Mitglieder im hohen Maße unter den Facharbeitern rekrutierten, unter denen, die Macht auf dem Arbeitsmarkt, organisatorische Traditionen und bestimmte Erwartungen besaßen. Den Ungelernten dagegen fehlte solche Macht am Arbeitsplatz und solche Erwartungen, besonders wenn diese Arbeitskräfte ländlicher Herkunft waren. Auch die enorme Fluktuation der Belegschaften des Ruhrbergbaus und der Stahlindustrie erschwerte die Organisationsarbeit der Gewerk-

schaften. Es war kein Zufall, daß die Gewerkschaften und die SPD viel stärker in Remscheid und Solingen waren, wo gelernte Arbeitskräfte sowohl zahlreicher als auch seßhafter waren¹⁹. Das bedeutet, daß die Arbeiter des Ruhrgebiets sozusagen die Regeln des organisierten Protestes erst lernen mußten und daß ihre Passivität keinesfalls notwendigerweise auf Resignation oder Zufriedenheit zurückzuführen ist. Es bedurfte nur der Zerstörung der Kontrollmaßnahmen, um der Erweckung von Erwartungen Tor und Tür zu öffnen. Und gerade das geschah im Weltkrieg und in der Revolution: Es waren genau die Bergleute und Metallarbeiter, die vorher entweder unorganisiert oder in den gelben Gewerkschaften waren, die sich zwischen 1918 und 1923 oft als besonders radikal erwiesen²⁰.

In bezug auf den „Ökonomismus“ der Streikforderungen der Bergarbeiter muß betont werden, daß diese Forderungen schon vor dem Weltkrieg nicht nur Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen umfaßten, sondern auch auf die Anerkennung der Menschenwürde im Betrieb und auf eine gewisse betriebliche Mitsprache der Belegschaften zielten. Solche Forderungen und irgendeine Verteilungsidee (daß die Produzenten ein Recht auf einen Anteil am Profit hatten) waren leicht mit den späteren Ideen der Syndikalisten zu vereinbaren²¹. Auch ist es problematisch, wenn man versucht, allein von Streikforderungen abzulesen, was die Arbeiter eigentlich wollten²². Denn nicht nur in Streikforderungen, sondern auch auf ihren Verbandstagen verlangte die bergmännische Freie Gewerkschaft immer wieder die Sozialisierung des Bergbaus²³.

Zweifellos brachte der Erste Weltkrieg eine Reihe von radikalierenden Tendenzen mit sich, die schon in den Büchern von Feldman, Kocks und Bieber geschildert worden sind und die daher hier nicht zu diskutieren sind: Lebensmittelknappheit, Teuerung, verlängerte Arbeitszeiten, Unfälle, Krankheiten, die Zerstörung des Lehrlingsystems und der Schulbildung²⁴.

Gerade weil diese Probleme vom Krieg ausgelöst wurden, wirkten sie in der Richtung einer Politisierung der Forderungen der Arbeiterklasse, eben weil Kriege von Regierungen begonnen und beendet werden. Im Krieg stieg zusätzlich die Zahl der jugendlichen Arbeitskräfte enorm an, die oft in Großbetrieben arbeiteten, wo zudem mit modernen Arbeitstechniken gearbeitet wurde, von deren Problemen die älteren Gewerkschaftsfunktionäre, die meistens handwerklicher Herkunft waren, nicht sehr viel verstanden²⁵. Immerhin wirkte die teilweise erfolgende Integration der Gewerkschaftsführer und der MSPD in die Staatsstruktur während des Krieges und besonders nach der Novemberrevolution politisierend. Streikende Metallarbeiter und Bergleute fanden sich in Konflikt mit einer sozialdemokratischen Regierung, deren Machtübernahme die größten Hoffnungen erweckte und die die Arbeitgeber zu einem vorläufigen Rückzug gezwungen hatte, die aber die deutsche Volkswirtschaft reaktivieren wollte und die bereit war, Truppen und Freikorps gegen streikende Arbeiter einzusetzen. Es war gerade diese Situation und insbesondere die blutigen Aktionen der Freikorps, die notwendigerweise die wirtschaftlichen zu politischen Problemen umformten und den Radikalismus nährten²⁶.

Wenn wir von Radikalismus sprechen, müssen wir jedoch sehr vorsichtig sein. Mit Recht argumentieren einige Historiker²⁷, daß die Protestbewegung im Ruhrgebiet 1919/20 und auch die Sozialisierungskampagne direkt aus den wirtschaftlichen Forderungen der Bergarbeiter – verkürzte Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, direkte Demokratie innerhalb der Betriebe – resultierte und daß sie weder den Ideen der Arbeiterräte noch dem Sozialisierungsmodell und putschistischen Absichten der Kommunisten entsprachen. Diese Historiker haben auch recht, daß keine der politischen Parteien (weder SPD noch USPD noch KPD) imstande war, diese Massenbewegung zu kontrollieren. Tatsächlich waren politische Etiketten fast bedeutungslos, wie der Roman von Reger ganz deutlich macht:

„Alles ging durcheinander. Christen, Hirsch-Dunckersche, Demokraten, Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Spartakisten, Kommunisten, Syndikalisten, nicht einmal die Namen waren klar, wieviel weniger die Ziele.“²⁸

Es scheint mir jedoch problematisch, wenn man gleichzeitig auch behauptet, daß aus diesem Grund nicht von einer „revolutionären“ Bewegung gesprochen werden dürfte. Wenn man *Massenbewegungen* nur dann als revolutionär bezeichnen soll, wenn diese Bewegungen präzise politische und theoretische Ziele haben, dann findet man fast keine eindeutige revolutionäre Massenbewegung in der ganzen Geschichte. (Selbst in Rußland 1917 war das Verhältnis zwischen den Bolschewiken und den revolutionären Massen tatsächlich nicht so eng²⁹). Immerhin stellten die schnelle Verbreitung der Sozialisierungs-idee, die Forderungen nach einer Teilhabe am Profit, die Tatsache, daß in vielen Fällen die Kontrolle im Betrieb spontan übernommen wurde, die Forderungen nach Änderungen der Strafordnungen, nach Abschaffung des Fahrsteigersystems, nach Beitritt aller Belegschaftsmitglieder zu den Gewerkschaften, nach einer Neuverteilung der Kriegsgewinne, einen frontalen Angriff auf die Managementrechte der Unternehmer und auf das Wirtschaftssystem dar. Solche Forderungen waren auch mit einem eher syndikalistischen als kommunistischen Sozialisierungsbegriff zu vereinbaren³⁰.

Freilich muß man zugeben, daß dieser „Radikalismus“ anders war als die revolutionäre Stimmung in Teilen von Sachsen und Berlin, wo eine bestimmte sozialdemokratische Subkultur und weitverbreitete Organisation das Rückgrat für die spätere Entwicklung der USPD, danach der KPD schon existierte. Selbst innerhalb des Ruhrgebiets sieht Lucas einen scharfen Unterschied zwischen dem disziplinierten Radikalismus der Nähe von Hagen, wo nur eine Partei (USPD) und eine einzige Gewerkschaft (DMV) die Situation beherrschten und den verworrenen und tumultischen Aufständen in Mülheim und Hamborn. Die gewalthaften Protestformen waren dort besonders deutlich, wo die Urbanisierung explosiv vor sich gegangen war, wo sich ein erheblicher Anteil von jugendlichen Arbeitskräften und von Einwanderern ländlicher Herkunft fand, die in den autoritärsten Großbetrieben arbeiteten. Vielleicht ist es hier möglich, etwas von der Entwurzelungstheorie zu retten³¹.

Dieselbe Tatsache könnte vielleicht auch die rapide Demobilisierung der linksradikalen Gruppen im Ruhrgebiet erklären. Was wir hier sehen, ist fast eine allgemeine Wahrheit der Geschichte der Arbeiterbewegung – nur aber in verschärfter Gestalt. Dauernde Organisationsfähigkeiten haben normalerweise nur gelernte Arbeiter gezeigt. Die un- und angelernten Arbeitskräfte dagegen sind impulsiver. Sie mobilisieren sich oft sehr schnell, danach setzt sich relativ unverzüglich ein Demobilisierungsprozeß ein. So waren es solche Leute, die zwischen 1917 und 1920 in Millionen in die Gewerkschaften hineinströmten, die aber bald danach aus denselben Organisationen heraustraten. Das sieht man in der Geschichte der britischen TUC in den zwanziger Jahren, in der Geschichte der französischen CGT 1917/20 und 1936 wie auch 1968 in Frankreich. Es sind vermutlich Krisen auf der Makro-Ebene, oft politische Krisen, die diese Massenbewegungen auslösen: die Novemberrevolution in Deutschland, die Wahlerfolge des *Front Populaire* in Frankreich, die Hoffnungen auf eine unmittelbare Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse erwecken, oft durch die Ausübung *politischer* Macht gegen die Unternehmer³². Wenn diese Argumentation tatsächlich richtig sei, so hätte sie Folgen für die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung; weil sie bedeutet, daß wir vielleicht nur in Krisenzeiten die echte Stimmung der Massen identifizieren können und daß Passivität nicht notwendigerweise mit einer Abwesenheit von Klassenbewußtsein und kühnen Wünschen verknüpft ist.

Die Untersuchungen von Stolle bestätigen eine solche Argumentation. Die Chemiarbeiter bei Bayer und BASF waren entweder dem Kapital völlig unterworfen – wie vor dem

Ersten Weltkrieg – oder sie leisteten „raschen und beharrlichen Widerstand“ wie zwischen 1919 und 1923. Diese Arbeiter waren meistens ungelernnt und oft ländlicher Herkunft und konnten vor 1914 keine stabile Organisation entwickeln. Nach dem Krieg und ebenso wie ihre Kollegen an der Ruhr griffen sie zur direkten Aktion und übten oft Gewalt aus. Sie fochten normalerweise ohne oder gegen die Gewerkschaften; und „nach der Inflationskonjunktur sanken diese Ungelernten ins geschichtliche Dunkel zurück“⁶³³.

Anmerkungen

- (1) Klaus Tenfelde, „Großstadtjugend in Deutschland vor 1914“ in *VSWG* (1982), *passim*; Richard C. Murphy, „Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet: Das Beispiel Bottrop“ in Hans Mommsen/ Ulrich Borsdorf, *Glückauf Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland* (Köln 1979), S. 89–108; Christoph Kleßmann, „Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet“, in *Ibid.*, S. 114; Franz Josef Brüggemeier, „Volle Kost voll. Die Wohnungsverhältnisse der Bergleute an der Ruhr“, in *Ibid.*, S. 168 f.; Klaus Tenfelde, „Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft 1905 bis 1919“, in *Ibid.*, S. 202 f.; Klaus Tenfelde, „Probleme der Organisation von Arbeitern und Unternehmern im Ruhrbergbau 1890 bis 1918“ in Hans Mommsen (Hg.), *Arbeiterbewegung und industrieller Wandel* (Wuppertal 1980), S. 41–50.
- (2) J. Barrington Moore Jr., *Injustice* (New York 1978), S. 183; Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich* (Berlin 1959), S. 73–78; Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus* (Frankfurt/Main 1973), S. 282 f.
- (3) Elisabeth Domansky-Davidsohn, „Der Großbetrieb als Organisationsproblem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ in Mommsen (Hg.), *Arbeiterbewegung*, S. 96 ff.; Barrington Moore, S. 261; Klaus Mattheier, „Werkvereine und wirtschaftsfriedlich-nationale (gelbe) Arbeiterbewegung“, in Jürgen Reulecke (Hg.), *Arbeiter an Rhein und Ruhr* (Wuppertal 1974), Reinhard Rürup, *Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet* (Wuppertal 1975), S. 20.
- (4) David F. Crew, „Berufliche Lage und Protestverhalten“ in Mommsen/Borsdorf, S. 71–88.
- (5) Z. B. Crew.
- (6) Maura Kealey, „Kampfstrategien der Unternehmerschaft im Ruhrgebiet“, in Mommsen/Borsdorf, S. 176.
- (7) Stephen Hickey, „Miners and Community in the Ruhr before 1914“ (unveröff. Ms.).
- (8) Albin Gladen, „Die Streiks der Bergarbeiter“, in Reulecke (Hg.), S. 113–167.
- (9) Dick Geary, „Radicalism and the German Worker“, in Richard J. Evans, *Society and Politics in Wilhelmine Germany* (London 1978); Rürup, *Op. Cit.*; Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* (Meisenheim 1969); David Morgan, *The Socialist Left in the German Revolution* (New York 1971).
- (10) Bock, *Op. Cit.*; Pierre Broué, *Revolution en Allemagne* (Paris 1971); Erhard Lucas, *Märzrevolution*, 3 Bde. (Frankfurt/Main 1970-79); Hans-Ulrich Ludewig, *Arbeiterbewegung und Aufstand* (Husum 1978); Jürgen Tampke, *The Ruhr and Revolution* (London 1979); Hans-Joachim Bieber, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution*, Bd. 2 (Hamburg 1981).
- (11) Hans Mommsen, „Soziale und politische Konflikte an der Ruhr 1905 bis 1925“, in Mommsen, *Arbeiterbewegung*, S. 64.
- (12) Tenfelde, „Linksradikale Strömungen“, *passim*; Mommsen, „Konflikte“, S. 75 ff.; Mommsen, „Soziale Kämpfe im Ruhrbergbau“, in Mommsen/Borsdorf, S. 261.
- (13) Michael Grüttner, *Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886–1914* (Phil. Diss., Hamburg 1982).
- (14) Geary, „Radicalism“; Elisabeth Domansky-Davidsohn, *Arbeitskämpfe und Arbeitskämpfstrategien des Deutschen Metallarbeiterverbandes von 1891 bis 1914* (Phil. Diss., Ruhr-Universität Bochum 1981), S. 349–380.
- (15) Eine solche Kontinuität ist das Hauptthema von Carl E. Schorske, *German Social Democracy* (Cambridge Mass. 1955); siehe auch Friedhelm Boll, *Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920* (Bonn 1981); Mary Nolan, *Social Democracy and Society. Working-class Radicalism in Düsseldorf* (Cambridge 1981); Hans-Ulrich Knies, „Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal“, in Rürup, S. 83–154.

- (16) Bieber, Bd. 2, S. 645.
- (17) Walter Neumann, *Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet* (Köln 1951), S. 32 f. und 131–150.
- (18) Nolan, S. 59.
- (19) Geary, *European Labour Protest* (London 1981), S. 74–79; Domansky-Davidsohn, „Organisationsproblem“, S. 95–116; Klaus Schönhoven, „Gewerkschaftswachstum“, in Mommsen, *Arbeiterbewegung*, S. 16–37.
- (20) Georg Eliasberg, *Der Ruhrkrieg* (Bonn 1974), S. 48; Lothar Wentzel, *Inflation und Arbeitslosigkeit* (Hannover 1981), S. 30.
- (21) Mommsen, „Einleitung“, in Mommsen/Borsdorf, S. 14; Neumann, S. 65.
- (22) Dick Geary, „Identifying Militancy“, in Richard J. Evans (Hg.), *The German Working Class* (London 1982).
- (23) Tenfelde, „Linksradikale Strömungen“, S. 206; *Protokolle des Verbandstages des Alten Verbandes* (1894), S. 24.
- (24) Gerald Feldman, *Army, Industry and Labour* (Princeton 1966); Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg* (Göttingen 1973); Bieber, Bd. 1.
- (25) Geary, *Labour Protest*, S. 139.
- (26) Siehe Anmerkungen (9) und (10).
- (27) Mommsen, „Soziale Konflikte“, S. 81 f.; Wolfgang Mommsen, „The German Revolution“ in Richard Bessel and E. J. Feuchtwanger (Hg.), *Social Change and Political Development in Weimar Germany* (London 1981).
- (28) Erik Reger, *Union der Festen Hand* (Berlin 1946), S. 138; siehe auch Geary, „Radicalism“.
- (29) Geary, *Labour Protest*, S. 49 f.
- (30) Bieber, Bd. 2, S. 644 f., 649–656; Rürup, S. 24 f.; Irmgard Steinisch, „Linksradikalismus und Rätebewegung“, in Rürup, S. 206.
- (31) Erhard Lucas, *Arbeiterradikalismus* (Frankfurt/Main 1976).
- (32) Geary, *Labour Protest*, S. 152.
- (33) Utta Stolle, *Arbeiterpolitik im Betrieb* (Frankfurt/Main 1980), S. 3, 23, 232 f., 259.